

Der Sudan vor der Spaltung – Chaos oder Chance?

von Roman Deckert

erstveröffentlicht in inamo, Nr. 64, Winter 2010, S. 28-30 - www.inamo.de

Der nächste Krieg steht unmittelbar bevor, ein unabhängiger Südsudan wird sofort zerfallen, der Nordsudan weiter „balkanisiert“, dies alles mit katastrophalen Folgen auch für die benachbarten Staaten – so lautet der Gesamttenor in den westlichen Medien. Tatsächlich besteht großer Anlass zur Sorge um die Entwicklungen im größten Flächenstaat Afrikas, den Samuel Huntington einst als Paradebeispiel für den „Clash of Civilizations“ anführte.¹ Ein näherer Blick zeigt jedoch, dass die Lage keineswegs hoffnungslos ist:

Am 9. Januar 2011 sollen die SüdsudaneseInnen darüber abstimmen, ob sie weiter in einem vereinten Sudan leben oder einen eigenen Staat gründen wollen. Das Referendum bildet den Höhepunkt des Comprehensive Peace Agreement (CPA). Es hatte 2005 den zweiten Bürgerkrieg beendet, der geschätzte zwei Millionen Menschen im Südsudan und angrenzenden Gebieten wie den Nubabergen das Leben gekostet hatte. Alle Beobachter gehen davon aus, dass bei einem freien und fairen Ablauf eine überwältigende Mehrheit für die Sezession votieren wird. Mit der Geburt dieser neuen Nation würden erstmals in der Geschichte Afrikas koloniale Grenzen revidiert, ein wahrhaft historisches Ereignis.

Die Vorbereitungen des Referendums waren von zahlreichen Verzögerungen geplagt, obwohl die beiden CPA-Partner – die National Congress Party (NCP) im Norden und das Sudan People's Liberation Movement (SPLM) im Süden – sechs Jahre Zeit hatten, die offenen Fragen zu klären. Anders als bei den landesweiten Wahlen vom April dieses Jahres, die mehrfach verschoben wurden (vgl. INAMO Hefte Nr. 58, 62), besteht indes kein Zweifel an dem Datum des Plebiszits. Zwar erschiene eine Verschiebung unter sachlichen Gesichtspunkten sinnvoll, allzumal Verzögerungen im Sudan schon allein wegen der logistischen Herausforderungen

¹ Huntington, Samuel: The clash of civilizations and the remaking of the world order, New York 1997, S. 137, 256.

eine alltägliche Sache sind. Der SPLM-Vorsitzende und Präsident des halbautonomen Südens Salva Kiir, zugleich Erster Vizepräsident der Republik, hat den 9. Januar jedoch als „sakrosankt“ erklärt. In der Bevölkerung des Südens herrscht die Stimmung vor, dass ein späterer Termin die Selbstbestimmung gefährden würde und ein Kriegsgrund wäre. Die NCP von Präsident Omar al-Bashir scheint dieses Beharren zu respektieren.

Mit Verspätung, aber offenbar noch gerade rechtzeitig, hat im November 2010 die Registrierung der Wahlberechtigten für die Volksabstimmung stattgefunden. Während im Süden die Beteiligung hoch war, blieb sie bei den im Norden lebenden Südlern sehr niedrig. Hintergrund war offenbar die Furcht des SPLM, dass es hier bei der Auszählung durch die NCP-dominierten Behörden zu Manipulationen kommen könnte. NCP-Hardliner haben darauf mit der Drohung reagiert, die Ergebnisse des Referendums nicht anzuerkennen. Diese Rhetorik folgt aggressiven Äußerungen durch „Falken“ innerhalb der NCP, wonach im Norden lebende Südsudanesen im Falle einer Sezession mit Repressionen rechnen müssen. Immerhin hat Präsident Bashir solchen Einschüchterungen eine klare Absage erteilt.

Als gefährlichste Brennpunkte gelten die zwischen Nord und Süd umstrittenen Gebiete von Abyei sowie - weitgehend unbeachtet - Southern Kordofan und Blue Nile. Westliche Diplomaten gehen davon aus, dass das für Abyei geplante Referendum verschoben werden muss. Andererseits zeigt die Erfahrung, dass NCP und SPLM nach zähen Verhandlungen doch noch zu einer Einigung kommen können. So wurde etwa das Referendumsgesetz für den Südsudan Ende 2009 buchstäblich in letzter Minute erlassen. Insofern besteht durchaus auch Hoffnung auf eine Lösung der großen Streitfragen für die Zeit nach den Referenda. Dies sind insbesondere die Demarkation der Grenze, die Definition von Staatsbürgerschaft und Aufenthaltsrechten, die Aufteilung von Erdöl- und Wasserressourcen sowie die Regelung der Auslandsschulden.²

Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu dem Schluss, dass ein „von oben“ befohlener Kriegsausbruch relativ unwahrscheinlich ist.³ Dies steht

² Lacher, Wolfram: Auf dem Weg zur Unabhängigkeit des Südsudan, SWP-Aktuell 70, Berlin 9/2011.

³ Dargatz, Anja / Weber, Annette: Sudan und Somalia – Weichensteller am Horn von Afrika, Berlin 9/2010, S. 5.

im Widerspruch zu dem oftmals fatalistischen Bild von „doom and gloom“ in der westlichen Berichterstattung. Kritiker wie der US-Professor Eric Reeves glauben gar, das Bashir-Regime habe größtes Interesse an einem neuen Bürgerkrieg, um sich die Macht zu sichern.⁴ Dem halten andere Analysten entgegen, dass NCP und SPLM trotz aller konfrontativen Rhetorik nie zuvor ein derart kooperatives Verhältnis hatten. Eine Rückkehr zum Krieg würde die Ölförderung zum Stillstand bringen und damit die Machtposition beider Parteien gefährden.⁵ Hinzu kommt, dass die einflussreichen Investoren China und Malaysia ein massives Interesse haben, ihre Ölförderrechte nicht durch einen Krieg zu verlieren. Dass der Süden sein Öl auf absehbare Zeit nur per Pipeline über den Norden exportieren kann, birgt zwar Konfliktpotenzial, aber eben auch die Chance zu einer Stabilisierung des Friedens. Da der Norden über rund 30% der Ölvorkommen verfügt und vom Süden für die Nutzung der Infrastruktur marktübliche Gebühren beanspruchen könnte, würde sich im Falle einer Einigung womöglich nicht viel an der Verteilung der Ressourcen ändern.

Etwaigen Kriegsplänen des Nordens gegen den Süden stünde wohl auch die anhaltende Krise in Darfur entgegen. Zwar sind die Kämpfe dort seit 2004 erheblich abgeflaut, doch gerade in den letzten Monaten kam es zu neuen Gefechten. Zum einen zwischen „arabischen“ Gruppen, was die im Westen gängige Verkürzung des Konflikts auf „Araber vs. Afrikaner“ widerlegt. Zum anderen hat die Regierungsarmee neue Offensiven gegen die militärisch stärksten Aufständischen vom „Justice and Equality Movement“ (JEM) geführt. Wie die zweitgrößte Rebellengruppe, das Sudan Liberation Movement (SLM) unter Führung des Säkularisten Abdel Wahid al-Nur, verweigert sich JEM weiter den Friedensverhandlungen in Katar. JEM-Führer Khalil Ibrahim, der einen islamistischen Hintergrund hat, steht jedoch unter wachsendem Druck durch die internationale Gemeinschaft, besonders seit einer Verständigung zwischen Präsident Bashir und seinem Amtskollegen aus dem Tschad, Idris Deby. Ein Rückzug des SPLM aus der Zentralregierung nach einer Sezession könnte indessen Freiräume für eine Einbindung der Darfur-Rebellen in die Machstrukturen des Nordens schaffen. In jedem Fall dürfte das NCP-Regime kein

4 <http://www.theeuropean.de/eric-reeves/4820-politik-im-sudan> .

5 Gustafson, Marc: Imminent War in Sudan? Not Exactly, in Christian Science Monitor 23.07.2010

Interesse an einem Mehrfrontenkrieg haben, zu dem neben dem Süden und Westen auch der chronisch unruhige Osten des Landes kommen könnte.

Die größte Gefahr für den Frieden droht sicherlich durch unkontrollierte Gewaltausbrüche auf lokaler Ebene,⁶ wie vereinzelte Rebellionen im Süden nach den Wahlen vom April 2010 gezeigt haben. Ein besonderes Risiko besteht in der Hauptstadt Khartum, wo noch immer Hunderttausende Südlern leben. Dort kam es im Oktober 2010 zu Zusammenstößen zwischen Gegnern und Befürwortern einer Sezession. Da in Khartum wie im ganzen Land Kleinwaffen weit verbreitet sind, könnte die Lage spontan eskalieren. In Anbetracht der blutigen Geschichte des Sudans ist es jedoch geradezu erstaunlich, dass die Kapitale „nur“ zwei Male durch größere Straßenkämpfe zwischen Nordlern und Südlern erschüttert wurde: 1964 und 2005, nach dem mysteriösen Tod des SPLM-Führers John Garang. Insofern besteht Anlass zur Hoffnung, dass die Khartumer Bevölkerung von Pogromen verschont bleibt, allzumal sich immer mehr Nordsudanese mit der Abspaltung des Südens abfinden.

Entscheidend für die weitere Entwicklung ist der Machtkampf innerhalb der NCP zwischen den Hardlinern um Präsidentenassistent Nafi Ali Nafi und den gemäßigten Reformern um Vizepräsident Ali Osman Taha, der auf Regierungsseite der Architekt des CPA war. Die „Falken“ werfen ihm nun vor, mit dem Selbstbestimmungsrecht für den Süden zu weit gegangen zu sein und den Ausverkauf des Landes an die USA zu betreiben. Die Obama-Administration, in Sachen Sudan selber gespalten, versucht derweil, die NCP mit Anreizen für eine friedliche Lösung zu gewinnen. Präsident Bashir ist zwar außenpolitisch durch den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshof geschwächt, innenpolitisch aber zunächst gestärkt und kann so lange über beiden Fraktionen thronen, wie er die Armee hinter sich hat. Die nordsudanesischen Opposition ist infolge ihrer notorischen Zerstrittenheit nahezu bedeutungslos und hatte einst selbst das Selbstbestimmungsrecht des Südsudans akzeptiert. Sollten sich die NCP-Hardliner durchsetzen und das Ergebnis des Referendums nicht anerkennen, droht das SPLM mit einer unilateralen Souveränitätserklärung. Für diese könnte just der Sudan selbst als Präzedenzfall dienen, da er sich 1956 ohne ein vorgesehene Referendum für unabhängig erklärte.

6 <http://www.undispatch.com/worst-case-scenario-south-sudan>

Die Warnung von Analysten, der Südsudan sei als „Pre-Failed State“ schon vor der Sezession gescheitert, erscheint unterdessen übertrieben. Zwar genießt er laut CPA nur eine Halbautonomie, agiert aber faktisch bereits unabhängig. Die Kontrolle durch den Norden beschränkt sich weitgehend auf die Überweisung des – wenn auch umstrittenen – Anteils aus den Öleinnahmen. Im Vergleich zum Status Quo würde sich also ein offiziell unabhängiger Südsudan praktisch kaum unterscheiden. Unbestritten ist, dass es heftige interne Spannungen gibt, v.a. zwischen den Dinka, der größten Ethnie, und kleineren Gruppen, die sich dominiert fühlen. Statt einer „Somalisierung“ ist allerdings eher ein Eritrea-Szenario zu befürchten, nämlich ein diktatorischer Einparteienstaat des SPLM. Doch auch wenn sich der Aufbau der Südregierung schwierig gestaltet und die Erwartungen der Bevölkerung an die Friedensdividenden enttäuscht hat, so muss man schon betonen, dass es den meisten Menschen im Süden seit dem CPA trotz aller Armut besser geht als je zuvor.

Es bleibt also Hoffnung für die Sudanesischen und Sudanesen in allen Teilen des Landes, wie auch ein Blick auf die pessimistischen Erwartungen der Vergangenheit zeigt: Kaum jemand hielt ein Ende des Krieges im Süden für möglich. Kaum jemand glaubte, dass das CPA halten würde. Viele erwarteten landesweite Gewalt nach den Wahlen. Wenige dachten, dass das Referendum je in Reichweite geraten würde. Doch es kam anders. Und auch nach einer Sezession gibt es viel Verbindendes zwischen Norden und Süden. Dies zeigt nicht zuletzt der wahrscheinliche Name für die neue Nation: Südsudan.

Roman Deckert ist Sudanexperte bei der Berliner NGO Media in Cooperation and Transition (MICT) für die Projekte www.electionnaire.org und www.sudanvotes.com. Er arbeitet seit 1997 zum und immer wieder im Sudan.